

Zurück nach Sparta?

Während der Blütezeit Spartas im 6. Jahrhundert vor Christus wurden die Kinder sehr früh von den Eltern weggenommen. Zwischen dem 7. und 14. Lebensjahr wurden die Kinder vom Staat umsorgt, und der Staat definierte das Kinderglück. Das Ergebnis: Die Geburtenrate nahm im Laufe der Zeit dramatisch ab. Und was hat das nun mit dem vorliegenden Verfassungsartikel zu tun? Rein gar nichts, sagen die Befürworter. Das sei Geschichte. Wir würden jetzt im 21. Jahrhundert leben. Tatsächlich? Standen bei den Spartanern nicht wirtschaftliche Interessen im Vordergrund? Und wie heisst es im vorgeschlagenen Verfassungsartikel: „Bund und Kantone fördern die Vereinbarkeit von Familie „**und Erwerbstätigkeit**“ ...“ Ich weiss, historische Vergleiche werden nicht geschätzt. Es könnte einer einmal auf die Idee kommen, die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Und der Staat hätte plötzlich keine Aufgaben mehr. Aber eben, noch werden dem Staat immer mehr Aufgaben übertragen. Im Jahr 1990 betrug die Ausgaben für Soziale Wohlfahrt rund 14.5 Milliarden Franken (21.7% der Bundesausgaben). Zwanzig Jahre später geben wir für die Soziale Wohlfahrt 21 Milliarden Franken aus. Das sind 33% der Bundesausgaben. Der grösste Ausgabenposten. Und jetzt wollen wir noch mehr dem Staat übertragen? Und das obwohl der Bundesrat im Dezember 2012 für die nächsten Jahre ein Sparprogramm verabschiedet hat? Bleiben wir doch im 21. Jahrhundert und sagen am 03. März ein klares NEIN zum Bundesbeschluss über die Familienpolitik.

08. Februar 2013

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander